

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 00 88 848-48 ppbn d



## Inhalt

Dr. Manfred Geßner MdB,  
Vizepräsident der Parla-  
mentarischen Versammlung  
des Europarates, wendet  
sich gegen die Gleich-  
stellung von terroristi-  
schen Organisationen und  
demokratischen Befrei-  
ungsbewegungen.

Seite 1-3

Volker Kretkowski MdB,  
wirft der Opposition vor,  
eine zukunftsorientierte  
Bildungspolitik verhin-  
dern zu wollen.

Seite 4/5

Jan Dostergeteleo MdB,  
stellvertretender Obmann  
der SPD-Bundestagsfrak-  
tion im Ausschuß für Er-  
nährung, Landwirtschaft  
und Forsten, untersucht  
die Möglichkeiten, die  
steigenden Milchüber-  
schüsse in Europa ab-  
zubauen.

Seite 6-8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 27

7. Februar 1979

Terrorbekämpfung als internationale Aufgabe

Terrororganisationen und Befreiungsbewegungen sind zweierlei

Von Dr. Manfred Geßner MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europa-  
rates

Immer wieder - erst jüngst im Europarat - wird vor allem von konservativen Politikern der Versuch unternommen, Terroristen und Befreiungsbewegungen auf eine Ebene zu stellen. Meiner Auffassung nach muß man da sehr deutlich unterscheiden. Es gibt Befreiungsbewegungen, die gewiß nicht demokratisch sind. Es gibt andere Bewegungen, von denen ich glaube, daß sie durchaus als demokratisch bezeichnet werden können. Mir scheint, daß man beispielsweise eine Befreiungsbewegung, die für die pluralistische, rechtsstaatliche Demokratie eintritt, nicht als terroristische Organisation bezeichnen darf.

Ich darf daran erinnern, daß beispielsweise in Portugal oder in Spanien während der Zeit der Diktatur Kollegen, die heute unter uns sind, im Widerstand gestanden haben. Das sind Kollegen, die meine ungeteilte Verehrung entgegennehmen dürfen. Und die absolut nichts mit Terrorismus zu tun gehabt haben.

Ich möchte also davor warnen, hier eine Gleichsetzung vorzunehmen, die letztlich nicht begründet ist. Man muß sich darüber im klaren sein, daß Terrorismus gerade die Prinzipien der Demokratie bekämpft. Das kann man von demokratischen Befreiungsbewegungen nicht sagen. Diese wollen ja in ihrem Staat gerade eine pluralistische, rechtsstaatliche Demokratie herstellen. Deswegen ist eine derartige Gleichsetzung nicht gerechtfertigt.

Außerdem muß man sich vergegenwärtigen, daß Terroristen keine gesellschaftspolitische oder verfassungsrechtliche Alternative zu tatsächlich demokratischen Befreiungsbewegungen anbieten. Sie wollen etwas zerstören, ohne zu sa-

gen, wie es hinterher aussehen soll. Dies ist, wie mir scheint, ebenfalls ein wichtiger Gegensatz zu den tatsächlich demokratischen Befreiungsbewegungen.

Terrorismus ist kriminell und hat mit Widerstand zugunsten von Freiheit und Gerechtigkeit nichts zu tun. Maß muß sich hüten, dem Terrorismus einen politischen Anstrich zu geben; übrigens ist das etwas, was er bekanntermaßen anstrebt. Wenn wir dies zulleßen, kämen wir zu einer ganzen Reihe von Konsequenzen, die wir nicht wollen dürfen, etwa in Bezug auf die Behandlung gefangengesetzter Terroristen.

Terrorismus ist ein internationales Problem. Deswegen auch meine Forderung: Terrorismus muß international bekämpft werden. Kein Land ist heute vor Terrorismus sicher. Ich muß gestehen, wenn ich mir die Debatten vergegenwärtige, die in der Vergangenheit geführt worden sind, habe ich das Gefühl, daß manche geglaubt haben, sie können bei der Bekämpfung des Terrorismus abtinent sein und abtinent bleiben, in der Hoffnung, daß in ihrem Land schon nichts geschehen werde. Dies ist ein riesiger Trugschluß. Keiner von uns weiß, ob sich dort, wo heute noch nichts passiert ist, nicht schon morgen eine terroristische Gewalta ereignen wird.

In der Zwischenzeit haben viele Staaten in Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus eine Menge gelernt. Wir haben erkannt, wo unsere Schwachstellen sind, die es zweifellos gibt. Nunmehr, so glaube ich, geht es darum, auf der Grundlage dessen, was wir in diesem Bereich an Erkenntnissen gewonnen haben, Konsequenzen zu ziehen. Ich spreche hier ganz besonders die internationale Zusammenarbeit an.

Ich will nur die Richtung angeben, wohin es unserer Meinung nach gehen sollte. Es gibt zum Beispiel in der Bundesrepublik tägliche Lagemeldungen über terroristische Gewalttäter. Diese täglichen Lagemeldungen bekommen bereits die Niederlande, Österreich und die Schweiz. Es wäre gut, wenn dieser Informationsaustausch auf eine breitere Ebene gestellt werden könnte. Die Bundesrepublik Deutschland bietet dies an. Konkret würden derartige Lagemeldungen unter anderem beinhalten können: Festnahme von Terroristen, Terroranschläge, Urteile in Terroristenprozessen, wichtige Fahndungserfolge.

Des weiteren wäre wichtig, daß wir in Bezug auf die Sachfahndung nach bestimmten Gegenständen, Waffen, Ausweise usw., die Zusammenarbeit verstärken. Diese Art der Sachfahndung sollte unserer Auffassung nach harmonisiert werden, um sie grenzüberschreitend verwenden zu können, da auch die Täter, wie jedermann weiß, grenzüberschreitend tätig geworden sind. Ziel einer derartigen Maßnahme wäre es, die Logistik der Terroristen empfindlich zu stören.

Schließlich käme es darauf an, daß Telexverbindungen zwischen den nationalen Zentralstellen der Polizei geschaffen werden, um die Kommunikation zu erleichtern, dies betrifft nicht Interpol. Diese Vorschläge liegen auf einer anderen Ebene.

Der Terrorismus verzerrt die demokratischen Gesellschaften, er kämpft gegen ein Zerrbild an. Daher scheint es mir notwendig zu sein, daß wir in den öffentlichen Diskussionen, die wir mit unseren Bürgern führen, immer wieder klar machen, was die Zerstörung der Demokratie für sie selbst bedeuten würde: Ihre Unterdrückung und Entrechtung. In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, daß wir auch die Funktionsabläufe, die Möglichkeiten, die Bedeutung der Demokratie für jeden einzelnen Juristen sichtiger machen als bisher.

Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß die Bekämpfung des Terrorismus nicht nur eine Sache der Polizei, des Staatsapparates ist. Dies wäre zu wenig. Dazu gehört meiner

Auffassung nach auch die Ergründung der Ursachen des Terrorismus. Es ist interessant, daß beispielsweise in der Bundesrepublik die Terroristen nicht aus den unteren sozialen Schichten kommen. Sie kommen vielmehr aus der sozial gehobenen Mittelschicht, ein großer Teil von ihnen hat studiert, ist privilegiert gewesen.

Angesichts dessen sollten wir uns darauf besinnen, auch die Wissenschaft einzusetzen: Psychologen, Mediziner, Pädagogen, Ethnologen, Soziologen, um nur einige zu nennen. Wir müssen das Problem des Terrorismus auf breiter Front angehen.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß wir permanent die Diskussion mit Randgruppen in der Gesellschaft führen, um zu verhindern, daß sie in die terroristische Szene abgleiten. Dies ist mühsam - daß weiß ich wohl -, aber es bleibt uns nicht viel anderes übrig, wenn wir die Terrorszene in den demokratischen Gesellschaften isolieren und sie austrocknen wollen. Ich glaube, daß in Bezug auf Diskussion ein großer Nachholbedarf besteht. Gerade was die Diskussion mit den Randgruppen in unserer Gesellschaft anlangt, glaube ich nicht, daß wir das getan haben, was notwendig gewesen wäre.

Nun sind immer wieder Terroristen verhaftet worden, auch dank der internationalen Zusammenarbeit, die es heute schon gibt, von der ich aber glaube, daß sie verbessert werden müßte. Meiner Auffassung nach müssen aber, wenn Terroristen in Haft genommen worden sind, zwei Dinge passieren, die leider nicht ganz selbstverständlich zu sein scheinen: Entweder werden die Betroffenen an das Land, in dem sie Gewaltverbrechen ausgeübt haben, ausgeliefert oder sie werden nach den im eigenen Land geltenden Gesetzen vor Gericht gestellt. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß die Auslieferung nicht vom Entgegenkommen in anderen Bereichen abhängig gemacht werden darf. Es gibt in der Vergangenheit einen Fall, den ich dabei im Sinn habe.

Es muß ferner deutlich sein: Staaten, die zum Beispiel Flugzeugentführer aufnehmen, sollten von den internationalen Fluggesellschaften nicht mehr angefliegen werden. Wir müssen die Schlupfwinkel zustopfen, wenn wir Terrorismus wirklich erfolgreich bekämpfen wollen.

In diesem Zusammenhang möchte ich am Schluß darauf verweisen, daß wir eine Konvention bezüglich der Auslieferung festgenommener Terroristen beschlossen haben. Sie ist seit August vergangenen Jahres in Kraft. Zu meinem Bedauern muß ich aber feststellen, daß bisher weniger als die Hälfte der Staaten des Europarates diese Konvention ratifiziert hat. Ich halte das für ein ganz bedauerliches Kapitel der Geschichte des Europarates. Einige Länder sind dabei, dies nachzuvollziehen. Ich möchte an alle Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates appellieren, zu Hause tätig zu werden, damit die Regierungen, die ja hier im Minister-Komitee bereits ihre Zustimmung gegeben haben, in dieser Sache auf Trab gebracht werden und die Parlamente den Ratifizierungsvorgang endlich zu Ende führen können.

Ich habe seinerzeit an die Chefs der Nationalen Delegationen geschrieben und darum gebeten, in ihren Ländern etwas zu tun, damit die Angelegenheit vorankommt. Dies hatte, wie ich leider sagen muß, sehr unterschiedlichen Erfolg. Von manchen bekam ich Antwort, manche rührten sich überhaupt nicht. Ich sage das in aller Deutlichkeit und verbinde damit die Hoffnung, daß die nächsten Monate genutzt werden, um hier endlich das Notwendige zu tun, denn die Solidarität des Wortes reicht nicht aus. Die Solidarität des gemeinsamen Handelns gegen eine gemeinsame Gefahr ist das Gebot der Stunde.

(-/7.2.1979/vs-ho/igs)

Diese Ausführungen machte Dr. Gellner am 30. Januar vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg

Modellversuche müssen fortgesetzt werden

-----  
Union will zukunftsorientierte Bildungspolitik verhindern

Von Volkmar Kretkowski MdB  
Haushaltspolitischer Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und  
Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Die bildungspolitischen Debatten der letzten Zeit haben verdeutlicht, daß die CDU weder in der Lage ist, wie von ihrem Parteivorsitzenden gefordert, eine Zukunftsvision aufzuzeigen, noch eine Antwort auf die brennenden Fragen des Alltags zu geben vermag. Allgemeinplätze, Forderungen, die sich durch die Aktivitäten der Regierung erledigt haben oder Fragen, deren Antwort sie besser weiß, helfen nicht weiter.

Auch in den Haushaltsberatungen hat die CDU nichts anzubieten gehabt. Stattdessen hat sie versucht, Kürzungsvorschläge in Höhe von 17 Millionen DM im Bereich der Bildungsplanung (Modellversuche) im Ausschuß durchzusetzen.

In der Begründung der Anträge und in den vielen Diskussionen um die Modellversuchspolitik, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird, wurde deutlich, worum es der CDU ging: Ihr paßt die ganze Richtung nicht, weil sie offenbar unser bestehendes Bildungssystem mit allen seinen Schwächen zementieren will, weil sie eine auf die Zukunft gerichtete und den Bedürfnissen der jungen Menschen Rechnung tragende Bildungspolitik verhindern will.

Denn wie will sie ihre Kürzungsvorschläge im Bereich der Förderung von Modellversuchen zu Gesamtschulen, zum 10. Hauptschuljahr, zu Doppelqualifikationen im Regionalverbund, zum Verbundsystem, zur beruflichen Ausbildung, anders begründen, als daß sie nicht einmal bereit ist, das, was bildungspolitisch umstritten ist - aus welchen Gründen auch immer - zu erproben. Offenbar befürchtet sie die Ergebnisse und die daraus zu ziehenden Konsequenzen, weil ihre ideologisch begründeten Vorurteile bloßgestellt werden könnten. Bedauerlicherweise treffen die Kürzungsvorschläge unter anderem auch gerade jene Bereiche und Gruppen, die ohnehin besonders benachteiligt sind.

Die Koalition hat die Anträge der CDU abgelehnt, damit ein Ende der Modellversuchspolitik verhindert und die Tür offengehalten wird zu einer gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern.

Im übrigen stehen dem BMBW für das Haushaltsjahr 1979 nach Verabschiedung des Haushaltes im wesentlichen die Mittel zur Verfügung, die es zur Durchsetzung seiner politischen Ziele benötigt. Die SPD-Fraktion begrüßt die weitere Schwerpunktverlagerung zur Förderung der Forschung an den Hochschulen, die finanzielle Absicherung der Novellen des BAföG, die Fortführung des Ausbaues und des Neubaus von Hochschulen sowie bereits gesagt, die Weiterführung von Modellversuchen und Forschungsförderung im Bereich der allgemeinen Bildungsplanung, der beruflichen Bildung und des tertiären Bereichs.

Im Bereich der Wissenschaftsförderung behält die gemeinsame Bund-Länder-Förderung der Forschung an den Hochschulen über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) eine

hohe Priorität. Für die DFG und die Sonderforschungsbereiche werden 1979 rund 425 Millionen DM bereitstehen. Mit diesem gegenüber 1978 um mehr als sechs Prozent erhöhten Ansatz wird die Forschung an den Hochschulen intensiviert werden können.

Für den Ausbau und Neubau von Hochschulen sind wie im vergangenen Jahr 950 Millionen etatisiert. Der 8. Rahmenplan erhält Vorhaben mit einem Finanzvolumen von insgesamt rund 20 Milliarden DM, mit dem die Zahl der flächenbezogenen Studienplätze auf etwa 830.000 erhöht und damit das Ausbauziel von 850.000 Plätzen nahezu abgedeckt werden kann. Wie bisher, wird auch 1979 der größte Teil des Einzelplanes 31 für Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz benötigt. Die für die Einbeziehung des Berufsgrundbildungsjahres, die Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge ab Herbst 1979, zusätzlich notwendigen Mittel stehen im Haushalt voll zur Verfügung. Mit der begrüßenswerten Schwerpunktverlagerung zur beruflichen Bildung werden die notwendigen Mittel zur Fortführung der Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten zur Verfügung gestellt. Schwerpunktmäßig werden wie bisher Mittel für die Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten vorgesehen. Die Zahl der Plätze in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die bisher mit den Förderungsmaßnahmen des Bundes fertiggestellt bzw. in Angriff genommen wurden, erreicht derzeit den im Jahre 1973 ermittelten Bestand von 23.000 Plätzen. Insgesamt sollen 1982 rund 77.000 Plätze vorhanden sein. In Sonderprogrammen zur Stärkung des Ausbildungsplatzangebotes werden 1979 rund 190 Millionen DM zur Verfügung stehen. Auch im Bereich der Modellversuche zur beruflichen Bildung, für die 37 Millionen DM vorgesehen sind, wird die Vermehrung und Verbesserung des Angebotes an Ausbildungsplätzen und die Erschließung neuer Ausbildungsmöglichkeiten - insbesondere im Bereich der klein- und mittelständischen Wirtschaft - besonders gefördert werden.

Der Einzelplan 31 bewegt sich fast unverändert auf der Höhe, die er in den vergangenen Haushaltsjahren mit ihren erheblichen Steigerungsraten im Bildungsbereich gefunden hat. Er stellt einen Haushalt der Konsolidierung und der Konzentration auf bewährte Maßnahmen dar. Die Steigerungsraten ermöglichen es, den aktuellen bildungspolitischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. (-/7.2.1979/vb-le/hq:)

+ + +

## EG-Agrarpolitik - Ende oder Wende ?

-----  
Über die Möglichkeiten die steigenden Milchüberschüsse in Europa abzubauen

Von Jan Oostergeteleo MdB  
Stellv. Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

In vielen Bereichen steht die Agrarpolitik in der EG vor fast unüberwindbaren Aufgaben. Die Forderung, die Ernährung durch hochwertige gesunde Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen sicherzustellen, eine leistungsfähige Landwirtschaft, und ein politisch vereinigtes Europa sind Vorgaben, die wir alle bejahen.

Die Probleme des Milchmarktes machen deutlich, daß wir zum Handeln gezwungen sind. Wer nicht will, daß der Markt ganz zusammenbricht, muß bereit sein, hier umzudenken. Die Überschußproblematik des EG-Milchmarktes hat auf der Angebotsseite zunächst folgende Ursachen:

Erstens ist da zu nennen die steigende Milchleistung je Kuh, die durch Züchterfolge und durch neue Haltungsformen, also durch technische Möglichkeiten erreicht wird.

Besonders sind hier aber die Möglichkeiten der Fütterung zu nennen. Die Milchleistungssteigerung ist besonders durch die zunehmende Verfütterung von Ölkuchen (Soja) erreicht worden. Der Milchberg besteht also im wesentlichen aus veredelten nichteuropäischen Rohstoffen (Eiweißträger, Soja). Die Leistungssteigerung je Kuh wird dadurch besonders deutlich, daß die Milchproduktion enorm zugenommen hat, obwohl die Zahl der Milchkühe und der Milchviehbetriebe stark rückläufig war. Die Anzahl der Milchkühe ist in den letzten zehn Jahren in der EG um etwa eine Million auf 25 Millionen zurückgegangen. Strukturell ist dabei besonders interessant, daß im gleichen Zeitraum ebenfalls die Zahl der Halter um eine Million auf 1,8 Millionen Milchviehhalter zurückgegangen ist.

In der Bundesrepublik ist die Konzentration noch schneller fortgeschritten. Wir hatten noch im Jahre 1965 eine Million Betriebe, während wir im Jahre 1978 unter eine halbe Million Betriebe haben, die Milchviehhaltung betreiben. Hier ist also eine Schrumpfung um 50 Prozent eingetreten. Die Durchschnittsbestandsgröße hat entsprechend zugenommen.

Der steigenden Milchproduktion steht ein Rückgang des Eigenverbrauchs gegenüber. Der Butterverbrauch ist z.B. in der Bundesrepublik beim jährlichen pro Kopf Durchschnittsverbrauch um etwa zwei kg zurückgegangen, in der EG beträgt der Rückgang etwa 1,5 kg. Ab 1976 läßt sich hier allerdings wieder ein leichter Anstieg verzeichnen (Sondermaßnahmen). Bei pflanzlichen Ölen und Fetten ist der Verbrauch konstant. Beim Trinkmilchverbrauch beträgt der Rückgang etwas mehr als zehn Prozent. In der EG liegen wir bei knapp 100 kg pro Kopf der Bevölkerung, in der Bundesrepublik bei etwa 70 kg. Bei flüssiger Magermilch ist die Verfütterung in der EG von etwa zehn Millionen Tonnen auf drei Millionen Tonnen und in der Bundesrepublik ebenfalls auf nunmehr ein Drittel des bisherigen Verbrauchs zurückgegangen. Als Folge davon hat die EG einen Selbstversorgungsgrad bei Magermilchpulver von 180 Prozent. Dies ist für die Landwirtschaft selber eine traurige Bilanz, zumal durch technische Möglichkeiten hier eine andere Entwicklung vor Jahren schon möglich gewesen wäre.

Bei Butter liegt der Selbstversorgungsgrad in der EG bei nunmehr 110 Prozent. Die Folge sind riesige Lagerbestände. In der EG liegen zur Zeit 450 000 Tonnen Butter auf Lager und die Zahlen zeigen steigende Tendenz.

Diese Beispiele habe ich genannt, damit deutlich wird, weshalb die Marktordnungskosten bei der Milch enorm steigen. In der EG sind die Ausgaben für die Milchmarktordnung von rund

zwei Milliarden auf über zehn Milliarden, also auf das Fünffache, angestiegen. Dies kann nicht unser politisches Wollen sein, zumal dadurch letztlich niemandem geholfen ist.

Bei politischen Überlegungen, dieses Problem zu lösen, muß es zunächst darum gehen, alles zu tun, um die steigenden Milchüberschüsse abzubauen und damit das Angebot wieder an die Nachfrage heranzuführen. Wir sollten nicht nur über Marktwirtschaft reden, sondern auch in diesem Punkt mehr Markt wagen. Zur Lösung des Problems möchte ich drei Möglichkeiten zur Diskussion stellen:

#### 1. Die Möglichkeiten über den Preis

Dabei ist zu bedenken, daß eine Richtpreissenkung oder Senkung der Interventionspreise wahrscheinlich politisch nicht durchsetzbar ist. Bislang galt, daß derjenige, der die meisten Überschüsse erzeugt, auch das meiste Geld bekam. Hieraus ergab sich eine Tendenz hin zum Großbetrieb und es ist zu vermerken, daß die Strukturen besonders in Holland und in Hafennähe hin zum Großbetrieb (Kraftfutter) schon verfestigt sind. Ein Preisrückgang würde besonders Betriebe in benachteiligten Gebieten treffen, die keine Alternative zur Milcherzeugung haben. Ferner ist anzunehmen, daß ein Einfrieren des Milchpreises keine Produktionssenkung mit sich bringen würde, sondern es muß vermutet werden, daß durch mehr Produktion versucht würde, mangelnde Preissteigerung wett zu machen. Eine Plafondierung der Ausgaben für die Milchmarktordnung ist mit denselben negativen Erscheinungen belastet, ferner dürfte eine Verteuerung von importierten Eiweißfuttermitteln politisch nicht durchsetzbar sein. Positiv wäre bei dieser ersten Möglichkeit zu vermerken, daß bei einer eventuellen Senkung des Interventionspreises oder bei einer Festschreibung des Richtpreises für Milch, den Interessen der Verbraucher gedient wäre. Wahrscheinlich hätten auch Prämien zur Aufgabe der Milchviehhaltung oder zur Umstellung positivere Wirkung. Direkte Einkommensübertragung an Milchviehbetriebe wäre dann sicherlich zur Vermeidung sozialer Härten sinnvoll.

2. Die Mitverantwortungsabgabe der Erzeuger verdient sicher als Lösungsmöglichkeit diskutiert zu werden. Der Nachteil bei der Mitverantwortungsabgabe liegt sicher darin, daß sie nur dann produktionshemmend wirken kann, wenn die Abgabe eine bestimmte Höhe erreicht. Politisch ist die Mitverantwortungsabgabe auch auf EG-Ebene - meine ich - zumindestens nicht unmöglich. Das Verursacherprinzip wäre gewahrt, zumal der, der viel erzeugt, auch viel abzugeben hätte. Der Verwaltungsaufwand dürfte wenn man es über die Molkereien machen würde, nicht allzu hoch liegen. Wichtig scheint mir dabei zu sein, daß die Mitverantwortungsabgabe nicht linear, sondern bei steigender Erzeugung auch steigend erhoben würde, z.B. könnte man von einem Sockel von 80 000 - 120 000 Liter im unteren Bereich ausgehen, wo dann bei Mehrablieferung bei der Mitverantwortungsabgabe kräftiger zugehört werden müßte. Dies hätte den Vorteil, daß alle Betriebe in benachteiligten Gebieten mit weniger Milcherzeugung (besonders je Kuh) nicht dafür bestraft würden, was sie eigentlich gar nicht verursachen. Es hätte den Vorteil, daß die bodenunabhängige Veredelung nicht noch immer mehr dadurch zunimmt, daß man besonders in Hafennähe versucht, durch immer mehr Kraftfutter noch die letzten Liter Milch aus der Kuh herauszupressen. Durch diese Möglichkeit bliebe eine unbedingt notwendige Flexibilität und Entfaltungsmöglichkeit bei den bäuerlichen Betrieben erhalten. Jungen Betriebsleiter würde dadurch nicht die Möglichkeit

genommen werden, eine ihnen gemäÙe Produktion aufzubauen und gleichzeitig wäre dafür gesorgt, daß sich im Rahmen dieser Möglichkeit auch Markt entwickeln könnte. Voraussetzung für die Erhebung der Mitverantwortungsabgabe ist allerdings, daß genaue Kriterien erarbeitet werden, wozu dieses Geld verwendet werden soll. Man könnte es beispielsweise benutzen als Prämien zur Aufgabe der Milchviehhaltung, zur Verbilligung von Interventionsbutter für alle Verbraucher, Werbung für derartige Maßnahmen und ähnliches. Strukturhilfen, Verfütterungsbeihilfen für Magermilch oder in besonderen Bereichen und in Härtefällen direkte Einkommensübertragungen wären hier als Begleitmaßnahmen sinnvoll. Psychologisch hätte diese Möglichkeit zusätzlich die Wirkung, daß die Landwirtschaft unter Beweis stellen könnte, daß sie einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung dieses Problems selber leistet.

### 3. Die einzelbetriebliche Kontingentierung

Diese Möglichkeit ist wahrscheinlich die letzte, die uns bleibt, wenn es uns nicht gelingt, das Milchproblem in den Griff zu bekommen. Die regional bezogene Kontingentierung hat fast unüberwindliche Schwierigkeiten aufzuweisen durch mangelnde Möglichkeit in der Abgrenzung, Grünlandanteil, Hanglage, mangelnde Alternative usw.

Die einzelbetriebliche Kontingentierung stellt vor allen Dingen auch in sozialer Hinsicht keine gute Alternative dar. Größere Betriebe würden durch die Kontingentierung eine bessere Ausgangslage erhalten als kleinere, besonders Grünlandbetriebe, die zur Verbesserung ihres Einkommens Wachstum brauchen. Auch die Flexibilität innerhalb der Betriebe wäre nicht gewährleistet, jungen dynamischen Landwirten wäre der Einstieg in die Milchviehhaltung gänzlich genommen oder zumindest fast unmöglich gemacht. Allerdings muß man sagen, daß bei der einzelbetrieblichen Kontingentierung in Österreich gute Erfahrungen gemacht werden. Die Milchproduktion stagniert oder geht etwas zurück, und die Kontingentierung bewirkt auch, daß besonders benachteiligte Gebiete und Gebiete, die keine Alternative haben, nicht mehr absacken, sondern sich die Milchproduktion langsam in diese Gebiete verlagert.

Die Einstellung der Investitionsförderung im Bereich der Milchviehhaltung steht uns sicher bald ins Haus und ist im oberen Bereich sicher auch nötig.

Die Politiker sind in die Pflicht genommen, jetzt zu handeln. Die bäuerlichen Milchviehhalter, besonders im Grünlandbereich, brauchen eine Zukunftschance. Dieses wichtige Nahrungsmittel Milch muß den Verbrauchern kostengünstig angeboten werden. Die Marktordnungskosten dürfen nicht mehr steigen, sondern müssen um der Steuerzahler und um der Zukunft Europas willen zurückgeschraubt werden.

(-/7.2.1979/hl/hgs)

+

+

+